

KRIEG IST NIE DIE LÖSUNG!

Krieg in Europa ist leider erneut traurige Realität: die russische Führung unter Putin will politische Ziele mit militärischen Mitteln durchsetzen. Russland bricht unverhohlen mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der UN-Charta.

Die BALL verurteilt den russischen Einmarsch in die Ukraine mit aller Entschiedenheit und schließt sich den weltweiten Forderungen gegenüber der russischen Regierung an, alle militärischen Aktionen einzustellen und sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Die Grenzen der Ukraine sind zu respektieren.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Europa muss ihnen umfassende humanitäre Hilfe leisten. Das gilt auch für die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen sind. Unser Respekt gilt den Menschen in Russland, die dort ihre Stimme gegen den Krieg erheben.

Die russische Aggression ist wie jeder Angriffskrieg ein Völkerrechtsverbrechen, für das es keine Rechtfertigung gibt. Eine Lösung kann es nur am Verhandlungstisch geben. Jetzt sind deeskalierende Maßnahmen und eine kluge Entspannungspolitik mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur notwendig, und wir wünschen uns, dass die Bundesregierung gerade dabei eine wichtige Rolle spielt.

Die BALL teilt die Aussagen des Deutschen Gewerkschaftsbund in einer Resolution vom 2. März. Dort heißt es am Ende unter anderem: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten daran fest, dass die militärische Friedenssicherung nicht zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden darf. Auch weiterhin treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Krankenhäuser in Pinneberg und Elmshorn sollen geschlossen werden Sana-Konzern plant Zentralklinik

Im Jahr 2009 hat die SANA AG die „Regio-Kliniken“ des Kreises Pinneberg gekauft.

Der Sana-Konzern gehört den profitorientierten privaten Krankenversicherungen DKV, Signal-Iduna, Allianz, u. Debeka mit bundesweit 52 Krankenhäusern, 32.000 Beschäftigten und 23 Tochtergesellschaften und Dienstleistungsbereichen. Der Verkauf der Krankenhäuser des Kreises, also die Privatisierung, ging 2009 nicht ohne Widerspruch über die „Bühne“. Die Durchführung eines Bürgerbegehrens wurde nur mit wenigen Unterschriften für die Zulassung verfehlt. Der Widerstand gegen den Verkauf hat aber bewirkt, dass der Kreis Pinneberg mit 25 Prozent und einem Vetorecht an den Kliniken beteiligt blieb.

In den letzten Jahren sind kreisweite Verschlechterungen durchgesetzt worden. 2007 wurde die Geburtsstation in Elmshorn geschlossen. 2015 fanden unter Protest der Beschäftigten Mitarbeiterauslagerungen in sogenannte Dienstleistungstöchter mit schlechteren Arbeitsbedingungen statt. Das zu den Kliniken gehörende Alten- und Pflegeheim in Kummerfeld wurde 2017 geschlossen und abgerissen.



2018 wurde die Klinik Uetersen abgerissen. Die Klinik Wedel wurde 2020 geschlossen.

Jetzt will die Sana AG die Kliniken Elmshorn und Pinneberg schließen und als Ersatz ein neues Zentralkrankenhaus im Norden Pinneberg bauen. Erste Entscheidungen auch für den Standort sollen schon im Frühjahr 2022 fallen. Danach sollen 5 Jahre Planung und 5 Jahre Bauzeit folgen. Veranschlagte Neubaukosten betragen ca. 400 Mio. Euro – aus

Steuermittel des Landes bezuschusst. In einem Gutachten der Landesregierung SH zur stationären Versorgung im Kreis Pinneberg wird der Plan für das Vorhaben unterstützt. Das Gutachten sieht Synergieeffekte durch den Zusammenschluss der sich heute an beiden Standorten übergreifenden Fachbereiche. Außerdem durch die Reduzierung von Doppelvorhalten für die Versorgung von Notfällen. Ziel ist es, die Gewinne der Sana AG zu

erhöhen, dafür müssen „Kosten“ niedrig gehalten werden durch Maßnahmen, die sich an den Zielen der Bundesgesundheitspolitik (sog. Krankenhaus-Strukturreform) orientieren. Diese sieht Auslagerungen von Versorgungsangeboten, die laut „Fallpauschalen“ nur geringe Vergütungen für die Kliniken erbringen können, in ambulante Einrichtungen und Arztpraxen vor. Diese fehlen aber oder können heute schon den Bedarf der Bevölkerung wegen

Überlastung nicht gerecht werden. Die Bundesregierung unterstützt weitere Schließungen von Krankenhäusern und den Bau von Zentralkliniken. Die heute ca. 1914 Krankenhäuser bundesweit sollen zukünftig auf ca. 700 Kliniken zusammengeschrumpft werden.

Dass es auch anders geht, zeigen z. B. die kommunalen Westküstenkliniken Dithmarschen mit den Standorten in Heide und Brunsbüttel sowie die Kliniken in Rendsburg und Eckernförde. Hier konnten jeweils beide Standorte für eine flächendeckende medizinische Versorgung erhalten bleiben.

Gegen die Absicht der Bundesgesundheitspolitik, Kliniken im Rahmen von Umstrukturierungen zu schließen, formiert sich Widerstand. Auch im Kreis Pinneberg gibt es eine Initiativegruppe des bundesweiten Bündnisses **Klinikrettung**. Wie in vielen Orten setzt sich die Initiativegruppe dafür ein, dass die Gesundheitsversorgung flächendeckend nicht verschlechtert wird. Die kreisweite Gruppe fordert: Statt eine Zentralklinik neu zu bauen, sollten die jetzigen Standorte um- und ausgebaut werden.

Die BALL wird Vertreter der Gruppe zeitnah zu einer Veranstaltung in Barmstedt einladen, um über Alternativen zu den Sana AG-Plänen zu informieren. www.gemeingut.org/schwerpunkt-thema-privatisierung-stoppen

Stadtbücherei: Aufgeschoben oder Aufgehoben?

Einen Artikel zur Situation unserer Stadtbücherei wäre im Grunde schnell geschrieben, der Text müsste einfach lauten: „Es tut sich nichts“. Dabei waren wir schon mal optimistischer. Nachdem u. a. schon die BALL-Zeitung vom Februar 2017 über eine sicherheitstechnische Begehung berichtet hatte, die dringenden Handlungsbedarf bei Räumen und Ausstattung feststellte, gab es zunächst positive Beschlüsse der Stadtvertretung. Die weitere Entwicklung lässt sich

Henrik Pünner
Hauptausschuss



in Kurzform gut an Überschriften der Barmstedter Zeitung in den letzten vier Jahre darstellen: „Barmstedter Politiker sagen Ja zu einem Neubau“ (09/2018), „Bücherei darf umziehen“ (09/

2018), „Bücherei soll in die Innenstadt“ (11/2018) und schließlich leider „Bücherei-Leiterin Sabine Jülich ist verzweifelt“ (07/2021).

Diese Verzweiflung ist absolut nachvollziehbar, sind doch die misslichen Verhältnisse unserer Stadtbücherei in Politik und Verwaltung durch regelmäßige Berichte seit mindestens 14 Jahren bekannt. Die Empfehlungen des Büchereivereins Schleswig-Holstein sehen für die Barmstedter Stadtbücherei eine Gesamtfläche von 678 m² vor. Die Räumlichkeiten am Holstenring belaufen sich auf gerade mal 257 m². Im Interview mit der „BZ“ spricht Frau Jülich von mindestens benötigten 650 m². Auch angesichts dieser Zahlen wirkt es verfehlt, wenn der Barmstedter CDU-Vorsitzende in seiner jüngsten Haushaltsrede in Bezug auf die Stadtbücherei anführt: „Pläne von einem überdimensionierten skandinavischen Modell passen nicht zur Größe Barmstedts



und scheitern an den erwartbaren Kosten“. Die CDU übernimmt nicht nur hier mit politischer Polemik allzu gerne die Rolle des seriösen Kassenwartes, dazu passt auch der in den Haushalt eingebrachte Sperrvermerk für die Planungskosten einer möglichen neuen Stadtbücherei. Leider verlieren die selbsternannten Haushaltswächter hier ihre kulturelle und soziale Verantwortung für die Barmstedter Bürgerinnen und Bürger sowie die Fürsorgepflicht für die kommunalen Angestellten in

der Stadtbücherei aus den Augen. Wertschätzung für ihre Arbeit erhielten Frau Jülich und ihr Team derweil von anderer Stelle, denn Barmstedt ist eine von nur zwei schleswig-holsteinischen Kommunen, die aus dem Soforthilfeprogramm der Bundesregierung für Kultur in ländlichen Räumen Fördermittel für die Digitalisierung erhalten hat. Von knapp 30.000 Euro Gesamtkosten stammen 22.000 Euro vom Bund.

Dass eine Stadtbücherei mit angemessener und zeitgemäßer

Ausstattung in Bezug auf Nutzung und Arbeitsbedingungen nicht zum Schnäppchenpreis zu kriegen sein wird, war uns von Anfang an klar. Wir sehen aber auch, was eine zeitgemäße Bibliothek mit hoher Aufenthaltsqualität und einem breiten Angebot für die Lebensqualität und damit auch für die Attraktivität Barmstedts bedeutet. Auch aus dieser Überlegung unterstützen wir einen Büchereineubau mit Wohnungen am **Wischof** und die Streichung des Sperrvermerks für die Planungskosten. Nachdem Herr Rathjens der Stadt über ein Interview im Hamburger Abendblatt (11.10.2021) mit dem Ausstieg aus dem Projekt „ehemaliges REWE-Areal“ gedroht hat, ist die Planung an einem neuen Standort zeitlich sicherlich unbefriedigend, aber dennoch der richtige Schritt. Sie wollen die Stadtbücherei unterstützen? Seit 2018 gibt es einen Förderverein! Informationen dazu erhalten Sie direkt in der Stadtbücherei oder auf deren Homepage.

Stadthaushalt 2022: Finanznot verschärft

Der Haushaltsplan 2022 für die Stadt Barmstedt weist ein Defizit bei den Einnahmen und Ausgaben von rd. 3 Mio Euro aus. Die Stadt wird bis Ende 2022, spätestens jedoch 2023 ihr bescheidenes Eigenkapital aufgebraucht haben und in die Überschuldung rutschen. Es gibt keine Aussicht in den nächsten Jahren dies aus eigener Kraft zu verhindern.

BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel zum Haushalt: „In Barmstedt werden die höchsten Steuersätze genommen, im Haushalt wird jeder Cent umgedreht – und dennoch beträgt das Defizit rd. 3 Mio. Euro. Die wesentliche Ursache: **Bund und Land übertragen den Gemeinden viele Aufgaben, aber sie geben den Gemeinden nicht die dafür erforderlichen Steueranteile.**

Die Finanznot der Gemeinden kann überwunden werden. Der Finanzcrash vor einigen Jahren und noch mehr die Corona-Kri-



se zeigten, wie in Kürze Hunderte von Milliarden mobilisiert wurden, von denen viele bei Konzernen landeten, die hohe Gewinne machten. Hier wären – bei einer anderen Politik im Interesse der großen Mehrheit der Menschen – viele Milliarden, so auch für die Gemeinden, zu holen: Dem Staat gehen Milliarden durch Steuerflucht und Steuererleichterungen für große

Konzerne verloren. Lockdown-Gewinner wie Amazon und die IT-Multis zahlen nahezu keine Steuern, die Bundesrepublik ist ein guter Standort für das organisierte Verbrechen und Wirtschaftskriminalität. Die Besteuerung von riesigen Vermögen und Millioneneinkommen ist viel zu gering.“ [Aktualisierung: Zum angekündigten 100-Milliarden-Blitzaufrüstungsprogramm

der Bundesregierung würde Barmstedt rechnerisch rd. 13 Millionen beitragen. Die Gelder wären besser beim Klimaschutz, für den Bau von Sozialwohnungen oder zur Linderung sozialer Not eingesetzt.]

Weiterhin führte der BALL-Sprecher aus: „Der Haushaltsplan enthält trotz der Finanznot positive Momente: Erste Überlegungen zu weiteren Steuererhöhungen wurden sehr schnell gestoppt. Insbesondere eine Erhöhung der Grundsteuer B hätte Mieter und Eigenheimbesitzer, die aktuell unter den extremen Heizkostensteigerungen leiden, zusätzlich getroffen, eine Erhöhung der Gewerbesteuer wäre ein weiterer Schlag gegen etliche Kleinbetriebe.

Die Versorgung mit Kita- und Krippenplätzen wird verbessert, ebenfalls die Schulkinderbetreuung, und Sanierungs- und Erweiterungsbauten in den Kita-Einrichtungen werden angegangen. Die Schulen, kommunalen

Einrichtungen und die Sportförderung sind abgesichert. Es gibt Hoffnung, dass es in diesem Jahr mit dem Erweiterungsbau an der Grund- u. Gemeinschaftsschule voran geht, und es muss ein neuer Nahversorger in der August-Christen-Straße gefunden werden. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für die BALL wird die Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (Tempo 30), zum Ausbau des Radwegenetzes und zur Energieeinsparung in den öffentlichen Gebäuden sein, und dann müssen große Klimaschutzschritte angegangen werden.“

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



Massiv kritisierte der BALL-Fraktionsvorsitzende dies: „Der Haushalt geht nicht auf die erheblich verschlechterte soziale

Situation vieler Menschen ein: stark gestiegene Lebensmittelpreise, hohe Mieten, hohe Strompreise, extreme Heizkostensteigerungen bis zu 70 %, starke Umsatzeinbrüche bei Kleinunternehmen. **Im Haushaltsplan der Stadt taucht die soziale Not in Barmstedt nicht auf. Die BALL erwartet zumindest, dass niemandem bei Zahlungsproblemen Strom, Heizung oder Wasser abgedreht wird. Ansonsten unterstützen wir die Forderungen von Sozialverbänden, dass unverzüglich Wohngeld, Hartz-4-Regelsätze, Grundrenten und Sozialhilfe stark erhöht werden müssen, um weitere Armut zu verhindern. Weiterhin verlangt die BALL, dass es mit dem Bau von Sozialwohnungen zu bezahlbaren Mieten vorangeht. Wir treten dafür ein, dass zunächst ca. 40 Wohnungen gebaut werden, die auch mit Förderung durch die Stadt bezahlbare Mieten ermöglichen.“**

Tropfen auf den heißen Stein

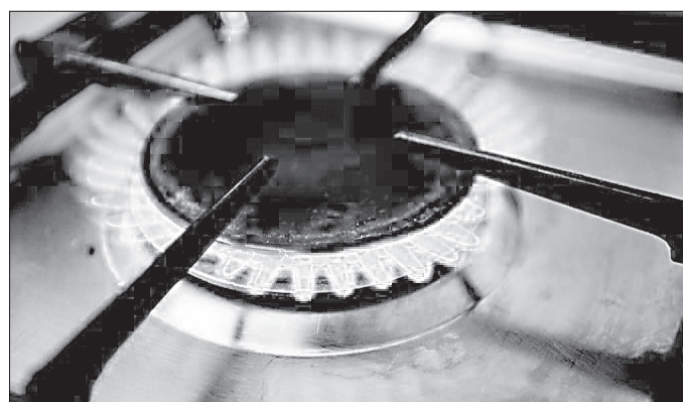
Für Geringverdiener und auf Grundsicherung Angewiesene wird es angesichts weiter stark steigender Energiepreise immer schwieriger, über die Runden zu kommen. Die Bundesregierung kümert das aktuell nicht – sie hat nichts zu bieten außer einem geringen Heizkostenzuschuss, der von einem Bündnis aus 19 Mieter- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kinderhilfsorganisationen als unzureichend kritisiert wird. Das Bündnis verlangt Sofortmaßnahmen zur Entlastung von armen Haushalten.

„Die Regierung muss endlich handeln. Viele Menschen mit geringen Einkommen wissen nicht mehr, wie sie die steigenden Energiekosten stemmen sollen“, erklärte die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher. Es reiche nicht, nur anzukündigen, dass die EEG-Umlage abgeschafft werde, dies

in Höhe von 19 Prozent aussetzen und Familien einen einmaligen Kinderbonus von 200 Euro zu zahlen. Grundsicherungsempfänger sollten einen zusätzlichen Betrag von 200 Euro erhalten.

Alleine durch die gestiegenen Energiepreise wurden dem Staatshaushalt Mehreinnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro in die Kassen gespült.

Um die Lasten etwas zu lindern, will die neue Bundesregierung ab März/April einen Zuschuss für die Heizkosten zahlen. Unterstützt werden demnach unter anderem Bezieher von Wohngeld, Studenten mit Bafög und Auszubildende. Sie sollen einmalig 135,- Euro erhalten, wenn sie allein leben. Ein Paar bekommt 175,- Euro und für jede weitere Person im Haushalt kommen noch einmal 35,- Euro obendrauf.



müsse sofort passieren. Ebenso müsste die Stromsteuer gesenkt und die Energiekosten müssten in das Wohngeld eingerechnet und jährlich an die Preisentwicklung angepasst werden.

Die Gewerkschaften fordern, die Mehrwertsteuer auf Energie

Der vorgesehenen Zuschuss dürfte kaum ausreichen, um die Belastungen für arme Menschen erträglicher zu machen.

Rückhaltebecken: Die Meierei war's!



Seit vielen Jahren hat Barmstedts Politik beim Regenrückhaltebecken (RRB) am Küsterkamp beide Augen zu gedrückt. Nun gab es erneut einen negativen Höhepunkt: Wer sich am Sonntag, den 23.01.22, und an den Folgetagen in der Nähe des Küsterkamps aufhielt, konnte sich dem unangenehmen Geruch kaum entziehen. Zu beobachten war neben dem Gestank auch eine unnatürliche Wasserfärbung sowie eine ungewöhnlich hohe Wassertemperatur von über 25 Grad Celsius bei 7 Grad Außentemperatur. Wie die Barmstedter Zeitung berichtete (26.01.22) hat der Abwasser-Zweckverband (AZV) in der Folge die Polizei informiert, die daraufhin die Ermittlungen aufnahm.

Parallel dazu konnte man seit Herbst letzten Jahres den Zeitungen entnehmen, dass der Meierei Barmstedt am Standort Neumünster vorgeworfen wird, seit Jahren mehr Abwasser in die Kanalisation einzuleiten, als genehmigt worden war. Ein Gutachter soll diesen Vorwürfen nun nachgehen, erste Ergebnisse werden im

März erwartet.

Unter dem Eindruck eben dieser Ereignisse stellte die BALL am 31.01.22 bei der digitalen Sitzung des Ausschusses für Klima, Nachhaltigkeit und Naturschutz insgesamt acht Fragen an die Verwaltung.

Die BALL wollte zur Verschmutzung des Regenrückhaltebeckens wissen, ob der Verursacher ermittelt werden konnte und ob es konkrete Hinweise auf die Meierei Barmstedt gibt. Diese Frage wurde am 11.02.22 von der Bürgermeisterin per Mail an alle Stadtvertreter wie folgt beantwortet: „[...] teile ich Ihnen mit, dass die Ursache für die Verschmutzung des RRB und des Grabens gefunden und abgestellt wurde. Die Verschmutzungen werden beseitigt. Der AZV hat zudem eine ständige Messstation vor Ort installiert, um schneller reagieren zu können. Die Meierei leitet daher seit vorgestern wieder ein, nachdem das eine Woche lang untersagt war. Da eine Einleitungsgenehmigung vorliegt, ist das möglich, solange die Werte in Ordnung sind. [...]“

Damit wurde indirekt bestätigt, was offenkundig ist, zumal es in Barmstedt niemanden gibt, der in der Lage ist, solche Wassermengen einzuleiten und ein Gewässer dieser Größenordnung auf über 25 Grad zu erwärmen: Die Meierei ist für die Verschmutzung verantwortlich. Es bleibt jedoch offen, welche Art der Verschmutzung hier vorliegt und welche Schäden für die Natur entstanden sind. Außerdem interessiert die Öffentlichkeit, welche Konsequenzen der Meierei für ihr Umweltverhalten drohen.



Britt Schölermann
Ausschuss für Klima,
Nachhaltigkeit und
Naturschutz

Weiterhin fragte die BALL, welche Mengen Brüden- und Abwasser die Meierei jährlich einleiten darf, inwiefern sich die Mengen über die Jahre verändert haben und wie dies überprüft wird. Laut Homepage der Meierei stieg die verarbeitete Milchmenge in den letzten Jahren sehr stark an. Es ist also zu erwarten, dass auch

die Belastung der Kanalisation stark zugenommen hat. Leider hat der AZV die Frage nur sehr lückenhaft beantwortet. Es wurden weder Aussagen über die Mengen gemacht, noch über den Zusammenhang mit der Verschlammung des Regenrückhaltebeckens.

Aktuell wird eine teure Entschlammung als Sanierungsmaßnahme am Regenrückhaltebecken vom AZV durchgeführt – mit hohen Belastungen für die umliegende Natur und zu hohen Kosten für die AZV-Kunden. Der Politik wurde seinerzeit erklärt, dass der Grund für die Verschlammung „der Eintrag von Sedimenten von Straßen und Privatflächen“ ist und dass das Restvolumen des Regenrückhaltebeckens zukünftig nicht mehr ausreicht.

Die BALL fragt: Hat die extrem hohe Abwassermenge der Meierei maßgeblich zu der Verschlammung des Regenrückhaltebeckens geführt bzw. führten die erhöhten Brüdenwassermengen dazu, dass das Restvolumen des Beckens nicht mehr ausreichte? In diesem Fall müsste die Meierei für die Sanierungskosten aufkommen. Das Gegenteil ist wohl eher der Fall: Zu extrem günstigen Gebühren kann die Meierei weiterhin ihr Brüdenwasser in die Regenwasserkanalisation einleiten. Die BALL meint: Damit muss endlich Schluss sein!

Noch sind viele Fragen unbeantwortet. Wir werden auch in Zukunft der Sache weiter auf den Grund gehen.

(Anmerkung: Unsere vollständige Anfrage sowie die Stellungnahmen der Bürgermeisterin und des AZV können auf unserer Homepage nachgelesen werden.)